

Antrag
des
Rechts- und Verfassungs-Ausschusses

über den Antrag mit Gesetzesentwurf der Abgeordneten Dr. Michalitsch, Edlinger, Hauer, Kaufmann, MAS und Ing. Schulz betreffend Änderung des NÖ Jugendgesetzes

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Der beiliegende Gesetzesentwurf betreffend Änderung des NÖ Jugendgesetzes wird genehmigt.

2. Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen.

3. Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, an die Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) GmbH Management für Wien, Niederösterreich und Burgenland heranzutreten, damit diese die Einführung eines Rabattes auf die vergünstigten Monatskarten für Studierende, bei denen durch die gegenständliche Änderung des NÖ Jugendgesetzes eine Verschlechterung bei den Kosten für den öffentlichen Verkehr eintreten könnte, rasch zur Umsetzung bringt.“

Kaufmann, MAS
Berichterstatter

Weninger
Obmann-Stellvertreter